

Liebe Kollegin, lieber Kollege von der Post!
Solltest du diese Zeitung nicht zustellen können, sende sie bitte an den Absender zurück!

Wir FavoritnerInnen

Bezirksblatt der KPÖ-Favoriten mit Simmering-Nachrichten

November 2013

Erscheinungsort: Wien
Verlagspostamt: 1100 Wien
Österreichische Post AG
Info.Mail Entgelt bezahlt

Impressum:
Eigentümerin, Verlegerin: KPÖ-Wien
1140 Wien, Drechslergasse 42

NEOs Ideen für Pensionsreform sind eine Mogelpackung

Empört zeigt sich Didi Zach, Landessprecher der KPÖ-Wien, über die am 14.11.2013 präsentierten Ideen der NEOs für eine angeblich mutige Pensionsreform.

Zach: "Stolz & Friends starten einen Großangriff auf das umlagefinanzierte Solidarsystem, der hinter dem Deckmantel der gerechtfertigten Kritik an Pensionsprivilegien z.B. bei der Nationalbank versteckt wird. Wer, wie die NEOs, die Angleichung des Frauenpensionsalters bereits ab 2018, und die weitere Anhebung des Pensionsantrittsalters fordert, der hat im besten Fall keine Ahnung von der Materie. Oder aber er will, was bei den NEOs zu vermuten ist, die breite Masse der Bevölkerung - 46 Prozent der PensionistInnen haben eine derart geringe Pension, dass sie keine Lohnsteuer zahlen müssen - unter Vorpiegelung falscher Tatsache zur Kasse bitten."

"Das ewige Gejammer über die Unfinanzierbarkeit der Pensionen ist ein riesengroßer Schwindel. Der effektive Staatszuschuss für die ASVG-PensionistInnen beträgt lediglich 3,9 Mrd. Euro pro Jahr. Gleichzeitig tragen aber PensionistInnen durch die Lohnsteuer auf ihre Pensionen 5,4 Mrd. zur Finanzierung des Staatsbudgets bei."

Pensionen seien auch künftig problemlos finanzierbar, so Zach weiters, wenn die Unternehmerbeiträge auf Basis der Wertschöpfung bemessen werden und der Staat seine 1956 beim ASVG gegebene Zusage einer Drittelfinanzierung einhält, von der die Republik mit zur Zeit 16,4 Prozent Bundeszuschuss bei den ASVG-Versicherten um Lichtjahre entfernt ist.

Zach weiters: "Nicht die demographische Entwicklung und das Pensionsantrittsalter, wie von Konservativen und Liberalen immer wieder behauptet, sondern die Zahl der Beschäftigten, die ins System einzahlen, ist zudem ein wichtiger Faktor bzgl. der Finanzierbarkeit der Pensionen.

Eine Halbierung der Arbeitslosigkeit, z.B. durch eine Arbeitszeitverkürzung auf 35 oder 30 Stunden pro Woche, würde den Staatszuschuss zu den Pensionen auf Null stellen."

Fakten zum Thema Pensionen

Von einem Gesamtaufwand des Staates von 18 Milliarden Euro für Pensionen entfallen 8,0 Mrd. auf die Ruhegehälter von BeamtInnen, die eine Bringschuld des Staates als Arbeitgeber sind. Weiters entfallen 3,0 Mrd. für Berufsunfähigkeits- und Invaliditätspensionen, 1,0 Mrd. auf Ausgleichszulagen als Beitrag zur Armutsbekämpfung und 0,9 Mrd. für Schwerarbeit, Rehabilitation und Gesundheitsvorsorge 0,7 Mrd. entfallen für pensionsfremde Leistungen wie Ersatzzeiten für Kindererziehung, Präsenz- und Zivildienst und 0,5 Mrd. für Partnerleistungen des Bundes wie Beitragszuschüsse für Bauern und Gewerbetreibende.

Somit bleibt unterm Strich als effektiver Staatszuschuss für die ASVG-PensionistInnen 3,9 Mrd. Euro, im Klartext zahlen sich die ASVG-PensionistInnen ihre Pension durch ihre jahrzehntelang entrichteten Beiträge zum überwiegenden Teil selbst.

Während für ASVG-Versicherte 16,4 Prozent Bundeszuschuss geleistet werden, sind es für Gewerbetreibende 39,4 Prozent und für Bauern sogar 83,1 Prozent. Dem gegenüber tragen die PensionistInnen durch die Lohnsteuer auf ihre Pensionen 5,4 Mrd. zur Finanzierung des Staatsbudgets bei, das sind immerhin um 1,5 Mrd. mehr als der Staatszuschuss.

Gar nicht berücksichtigt sind in dieser Rechnung andere Steuern wie etwa die von den PensionistInnen entrichtete Mehrwertsteuer, die unabhängig von der Höhe der Pension zu zahlen ist.

Nationalratswahl in Wien:

KPÖ einzige Gewinnerin.

So schaut Objektivität im ORF aus: Am Wahlabend konnten die WählerInnen der KPÖ die Partei, die sie gewählt haben nur unter "Sonstige" suchen und natürlich nicht finden.

Dabei hat die KPÖ unter den kleinen Parteien überraschend gut abgeschnitten, besonders gut aber in Wien, wo sie mit 1,7% (bisher 1,1%) das beste Wahlergebnis seit vielen Jahren erzielte. In den Innerstadt-Bezirken (2 bis 9) aber auch im 15. und 16. Bezirk schnitt die KPÖ mit 2,0 - 2,8% überdurchschnittlich ab. Legt man das Wahlergebnis auf Wiener Bezirksratswahlen um, zöge die KPÖ in 10 Bezirksvertretungen ein (derzeit sind es drei).

Damit ist die KPÖ auch die einzige Partei in Wien, die (außer den erstmals kandidierenden Gruppen) trotz der gesunkenen Wahlbeteiligung einen absoluten Stimmenzuwachs (plus 4200) erzielen konnte. SPÖ, ÖVP, FPÖ, Grüne und BZÖ verloren Stimmen. So auch in Favoriten.

Im 10. Bezirk erzielte die KPÖ 914 (1,3%) Stimmen gegenüber 680 Stimmen (0,9%) bei der letzten Nationalratswahl. Das ist ein Stimmenzuwachs von 234 Stimmen und über 34%. Damit liegt die KPÖ auch deutlich über dem Stimmenergebnis der letzten Wiener Gemeinderats- und Bezirksratswahl.

Demgegenüber verlor die SPÖ in Favoriten 4703 Stimmen, die FPÖ 1502 Stimmen, die ÖVP 457 Stimmen, die Grünen 661 Stimmen und das BZÖ 2000 Stimmen.

Die KPÖ dankt allen Wählerinnen und Wählern. Das nächste Ziel ist der Wiedereinzug in die Favoritner Bezirksvertretung bei der nächsten Wiener Gemeinde- und Bezirksratswahl 2015, denn auch dort ist der Platz der linken sozialen Opposition unbesetzt.

Splitter:

Die traditionelle Oktoberfeier der KPÖ-Favoriten, die diesmal auch mit dem 95. Geburtstag der KPÖ zusammenfiel, war auch heuer gut besucht. Gezeigt wurde der sowjetisch-italienisch-mexikanische Film nach dem bekannten Buch des amerikanischen Autors John Reed "Zehn Tage die die Welt erschütterten" über die russische Oktoberrevolution 1917.

Bei Kaffee und Kuchen konnte Bezirkssprecher Michael Graber auch neue Mitglieder der KPÖ Favoriten begrüßen.

Mirko Messner:

Mit der KPÖ ist zu rechnen

Presseaussendung der KPÖ am Wahlabend, 29.9.2013

Auch wenn das Wahlergebnis den großen Zuspruch im Wahlkampf nicht entsprechend widerspiegelt, bleibt am Ende ein leichter Zugewinn mit einigen sehr guten Ergebnissen.

KPÖ Bundessprecher und Spitzenkandidat Mirko Messner: "Es ist gelungen die kommunalpolitischen Positionen der KPÖ in größerem Maße als zuvor auch für Stimmen für den Nationalrat zu gewinnen. Genannt werden kann Linz, Graz und andere steirische Gemeinden, aber auch Bezirke in Wien. In Wien konnten sogar mehr Stimmen als bei der letzten Bezirksratswahl erzielt werden. Dennoch: Die linke, soziale Opposition ist weiterhin nicht im Parlament vertreten, das wird für die soziale Lage der Mehrheit der Bevölkerung bei den kommenden Sparpaketen äußerst nachteilig sein."

Insgesamt sagte Messner zum Wahlausgang: "Voraussichtlich bleibt es bei einer großen Koalition des Sozialabbaus, voraussichtlich werden auch die Grünen weiterhin soziale und linke Oppositionsarbeit verweigern. Der Trend nach rechts hat sich fortgesetzt. Die Opposition bleibt daher den rechten Parteien überlassen, die mit den NEOS eine neoliberale Verstärkung erhalten haben."

Die KPÖ wird in den nächsten Tagen das Ergebnis ausführlich diskutieren. Die KPÖ ist in diesem Wahlkampf gewachsen, dafür sprechen nicht nur die vielen neuen KandidatInnen der KPÖ, sondern die vielen neuen Mitglieder die in den letzten Monaten der KPÖ beigetreten sind. Messner abschließend: "Mit der KPÖ ist in jedem Fall zu rechnen. Unser Widerstand wird weiterhin im Gemeinderat und im Landtag, im Betriebsrat und in sozialen Bewegungen geleistet werden. Auch außerparlamentarisch wird die KPÖ in den kommenden Jahren nicht zu übersehen sein!"

Frauenhäuser:

Schutz für 14.000 Betroffene

In Wien wurde vor 35 Jahren das erste Frauenhaus eröffnet. Seitdem fanden dort 14.000 Frauen und 13.500 Kinder Schutz. Zur Zeit gibt es vier Frauenhäuser in Wien mit insgesamt 175 Plätzen.

Wie wichtig diese Einrichtung leider noch immer ist, darüber liefern die täglichen Nachrichten genug traurige Beispiele.

Der aktuelle Schwerpunkt des Vereins Wiener Frauenhäuser behandelt das Thema „psychische Gewalt“.

Alles bleibt besser

Ein LehrerInnendienstrecht taugt weder als Ersatz für versäumte Bildungs- und Verwaltungsreformen noch zum Vehikel für partei- und standespolitische Besitzstandwahrung.

Den weiterhin unveränderten Ist-Stand des österreichischen Schulsystems beschreiben die Schlagzeilen der letzten Monate: PISA – hohe Kosten und mittelmäßiger Output – Herkunft bestimmt Bildung – Sparpolitik, neues Dienstrecht und Arbeitszeiterhöhung – ÖVP gegen Gesamtschule und EinheitslehrerInnen – Pröll und Faymann für Dienstrecht ohne Gewerkschaft – Spindelegger gegen Zwangstagsschule und für's Bewahren des Gymnasiums (AHS-Langform) – JunglehrerInnen und StudentInnen demonstrieren vor dem BMUKK gegen Dienstrechtsentwurf – AK für Schmied-Entwurf und gegen Neugebauer – NEOs mit Flügeln, Grüne mit Schafen für Bildungsreform, SPÖ wie immer, KPÖ gegen soziale Ausleseschule ... ÖVP und FPÖ für das differenzierte Schulsystem, Kurz und Gudenus ...

Soziale Selektion

Eine in der Monarchie etablierte ständische Schulorganisation, neudeutsch: ein »differenziertes Schulsystem«, bedeutet soziale Selektion und Diskriminierung, Auseinanderdividieren von neunjährigen Kindern in AHS und den Rest, die Neue Mittelschule=Hauptschule ist keine Gesamtschule, statt Ganztagschulen für alle boomen private Nachhilfe und private Bildungsangebote am Nachmittag für die, die sich's leisten können. 25 Prozent der Jugendlichen können nicht sinnerfassend lesen, darunter sind viele ohne Pflichtschulabschluss und ohne Chance auf eine Lehrstelle oder einen Arbeitsplatz. Bis auf weiteres bleibt es bei der Zweiklassenschule und den dazugehörigen zwei Klassen von LehrerInnen, die einen mit und die anderen ohne Universitätsausbildung; rund 40.000 BundeslehrerInnen an AHS und BMHS stehen unter parteipolitisch besetzten Bundes-Schulleitungen und 80.000 Pflichtschul- und BerufsschullehrerInnen unter der Fuchtel der Landeshauptleute und der Landesparteipolitik.

Die SPÖ hat sich immer auf Otto Glöckels Schulreformen im »roten Wien« der 20er-Jahre berufen, hat Alfred Dalingers »Bildungspolitik ist Sozialpolitik« zitiert und den politischen Kampf für eine gemeinsame ganztägige Pflichtschule bis heute nicht geführt. In der nostalgisch verklärten Kreisky-Ära hat die SPÖ lieber »Mehr Arbeiterkinder an die AHS« propagiert, war auf »wortidante Lehrpläne« an Hauptschule und AHS-Unterstufe stolz und hat zur Beruhigung der Kinderfreunde folgenlose »integrierte« Gesamtschulversuche an Hauptschulen veranstaltet. Alles aus Rücksicht auf die ÖVP und weil die SPÖ zwar »Bildung« auf Wahlplakate schreiben lässt, aber keine Bildungs-Bewegung ist. Die Neue Mittelschule von 2012 als neueste neue Hauptschule hat also Tradition.

LehrerInnen-Dienstrecht als Wahlkampfmittel der Regierungsparteien

Auch die neue PädagogInnenbildung von 2012 schaut recht alt aus, weil sie am Nebeneinander der Ausbildung an Pädagogischen Hochschulen für Volks-, Haupt- und Berufsschule (APS) und Universitäten für AHS, in der ÖVP-Diktion »Gymnasium«, und BMHS festhält. Und der als Wahlkampfkarte von Pröll und Faymann ausgespielte Dienstrechtsentwurf, mit dem großkoalitionäre Regierungsstärke demonstriert werden sollte, ist ein arbeitnehmerInnenfeindliches Sparpaket, das von betroffenen Studierenden, Jung- und Alt-LehrerInnen und auch vom ÖGB zurückgewiesen wird und das die fünf (5) LehrerInnengewerkschaften der GÖD aus guten gewerkschaftlichen Gründen ablehnen. Die von der ÖVP und der GÖD-Spitze gegen jede Veränderung verteidigte sozial selektive Schulorganisation und die Landeshauptmannsherrlichkeit werden zwar nicht angetastet, aber das rechtfertigt keine Zustimmung zu Arbeitszeiterhöhung und Gehaltsverlusten, schon gar nicht ein Jahr vor den Personalvertretungswahlen 2014. Gegen das SPÖ-ÖVP-Sparpaket sind alle GÖD-Fraktionen. Für ein arbeitnehmerInnenfreundliches gemeinsames Dienstrecht aller LehrerInnen als notwendiger Teil einer sozialen und demokratischen Schulreform aktiv sind allerdings nur die Unabhängigen GewerkschafterInnen in der GÖD und die Unabhängige Bildungsgewerkschaft in Vorarlberg.

Die neoliberale Budget- und Steuerpolitik und der von Sozialabbaumaßnahmen begleitete Einsparungs- und Privatisierungskurs im öffentlichen Dienst hat die strukturelle Ungleichheit im Bildungsbereich verschärft: Stundenkürzungen für SchülerInnen, Arbeitsverdichtung »all inclusive« und »Reformen, die nichts kosten« haben die Unterrichts- und Lernbedingungen für LehrerInnen und SchülerInnen verschärft, die Nachhilfe-Industrie boomt, die immer noch vorhandene Freude an der Schul-Arbeit wird von Burn-out und abgebrochenen Schul- und Bildungskarrieren überlagert. Die Folge von Bildungssackgassen: arbeitslose Jugendliche ohne Perspektive.

Während ÖGB und AK vermögensbezogene Steuern zur Finanzierung von Sozial- und Bildungswesen fordern und die SPÖ daraus wenigstens ein Wahlversprechen macht, lehnt die FCG-dominierte GÖD im Schulerschluss mit der ÖVP, Wirtschaftskammern und Industriellenvereinigung vermögensbezogene Steuern ab. Dass ohne diese Steuern Personalabbau, Aufnahmestopp, Arbeitsverdichtung, Flexibilisierung, Arbeitszeiterhöhungen, prekäre Arbeitsverhältnisse und Ausgliederungen fortgesetzt werden, ist den FCG-Vorsitzenden in der GÖD anscheinend egal – Parteipolitik statt ArbeitnehmerInnenpolitik.

Wer wenn nicht wir?

Die Welt wie sie ist resignierend oder wütend beschreiben war nie genug. Widerspruch und Widerstand waren Fortsetzung auf Seite -4-

Nachrichten aus dem Beisl

„Wo da Pepi so lang bleibt“, fragt Franz und mischt noch einmal die Tarockkarten. „Der is bei ana Demonstration gegen de Nazibankerten“, sagt Bertl, „de ham a Lokal in da Wielandschul (Ernst Kirchwegger Haus) überfallen, wo grad a Treffen von ana Gewerkschaftsfraktion ‚Komintern‘ war. De nennen si a Kommunisten, und obwohl da Pepi des anders sieht, is a für sie und ihre Rechte demonstrieren.“

„Na die Rechten glauben, sie kennan si ollas erlauben“, sagt Michi, „dabei hams nur an Prozenten bei der Wahl gewonnen, stimmenmäßig hams sogar in Favoriten verloren.“

„Die Kommunisten ham a bei uns in Favoriten an Schwung Stimmen gewonnen“, lacht Franz, „de gewinnen bei jeder Wahl a paar Stimmen dazua, bei der nächsten Bezirksratswahl kann ma mit denen rechnen. Wann die letzte Wahl a Bezirksratswahl gwesen wa, hätt’n die Kommunisten 10 Bezirksräte in Wien statt drei.“

„Oba i muaß eich sogn, dass ma a was Wichtiges im Bezirk verlieren, ana der letzten Uhrmacher, de ehrna Handwerk no verstengan, der Nussböck Fritz in der Troststrassn sperrt zua“, meint Bertl.

„Nau des is wirklich a Verlust“, sagt Franz, „des war ja ned nur a Uhrmacher, dem Fritzl sei Gschäft war jo a richtiges Kommunikationszentrum im Bezirk. Uhrmacher gib’t’s ja fast kane mehr, kana kennt sie aus. Bei an Schneider oder an Schuachmacher is des ka Problem, des kennan Migranten, oba für Uhren gib’t’s bei den meisten ka Tradition. Aba i hob gher, a paar Leit gfrein sie. Da Sigi Maron rechnet scho damit, dass erm da Fritzl vü neiche Texte schreibt, und vü Leit täten den Fritzl gern wieder bei Auftritten sehen.“

„I glaub a, dass er gern mit seine Enkeln und da Evelyn am Land is“, meint Bertl.

Die Tür öffnet sich und Kurtl kommt herein. „Servus Eva, i brauch dringend an Schluck. In da Bim habens ghazt wia ned gscheit.“ „In den Nachrichten hams eh gsagt, daß erst in den nächsten Tag kalt wird“, sagt Eva und stellt ihm ein Bier hin. „Na hoffentlich bleibts lang warm, de ham jo scho wieda den Heizkostenzuschuß halbiert, und des grüne Beiwagerl in Wien spüt brav mit.“ Da erblickt er die Kartenrunde. „Na wie imma, es fehlt eich ana, eh klar. Aba i frog eich ned.“

Pepi kommt atemlos ins Lokal. „Tuat ma leid, oba es warn recht vü Leit bei der Demo. Und a paar hab i no kennt von früher. Mia ham gschaut, obs vielleicht doch noch a paar Sochen gibt, de ma mitanander mochen kenntn.“

„Jetzt mochen mia wos gemeinsam“, sagt Franz, „hebo.“ Und endlich beginnt das Kartenspiel.

Fortsetzung von Seite -3-

und sind angesagt: gemeinsames Nachdenken und Protestieren von ArbeitnehmerInnen und Arbeitslosen, von Jungen und Alten, Protest gegen herrschendes Unrecht, Eintreten für demokratische Veränderungen, die über die unmittelbare Betroffenheit von der individuellen Schul-Erfahrung hinausreichen, die ganze Gesellschaft verändern, ganz im Sinn von Rosa Luxemburg: »Die Revolution ist großartig, alles andere ist Quark«.

Im Hier und Jetzt das Eingreifen, das beharrliche Einmischen versuchen, Schritte in die Richtung einer solidarischen Gesellschaft sind notwendig, auch und weil keine Revolution angesagt ist, weil theoretisches Besserwissen und praktische Resignation keine Alternative für uns Betroffene sind. Die andere, bessere Welt ist möglich. LehrerInnen, die den Kampf für eine bessere Welt, eine bessere Schule, ein besseres Dienstrecht aufgeben, haben den Kampf gegen ihre SchülerInnen schon aufgenommen.

Die vom Begutachtungsentwurf zum LehrerInnendienstrecht ausgelösten Proteste von engagierten Jung- und AltlehrerInnen haben mit der rituellen Schulreformverweigerung schwarzer GÖD-Funktionäre nichts zu tun. Sie sind ein Symptom der Bildungskrise, das auf die jahrzehntelang von der SPÖ verdrängte und von ÖVP und schwarzen Gewerkschaftern verschleppte Schulreformen hinweist. Ein neues kostensenkendes Dienstrecht für die alte Zweiklassenschule hilft den künftigen LehrerInnen nicht und ebenso wenig ihren SchülerInnen und den Eltern.

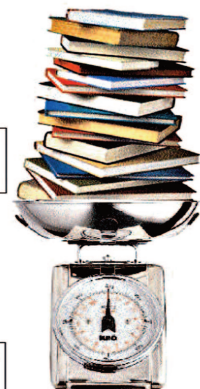
Bücher zum kg-Preis

rund 3500 Bücher
zu 3,5 Euro
pro Kilogramm

Donnerstag, 5. 12. 2013
bis
Samstag, 7. 12. 2013

1100 Wien
Troststraße 68-70
Pernerstorferhof
Eingang Herzgasse

Do./Fr. 10.00 bis 18.00h
Sa. 9.00 bis 13.00h



Bücherflohmarkt der KPÖ-Favoriten!